Dr. Andreas Ritzenhoff

Frau Ministerin Bärbel Bas
Frau Ministerin Katherina Reiche
Frau Staatssekretärin und Mittelstandsbeauftragte Gitta Connemann

Per E-Mail

21.08.2025

Dringender Antrag zur Nicht-Inkraftsetzung der Mindestlohn-Empfehlung vom 27. Juni 2025

Sehr geehrte Frau Ministerin Bas,
sehr geehrte Frau Ministerin Reiche,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin und Mittelstandsbeauftragte Connemann,

- Offener Brief -

Deutschland befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Inkraftsetzen der Empfehlung der Mindestlohnkommission vom 27. Juni 2025 wird die Zahl der Insolvenzen erhöhen und weitere, insbesondere mittelständische Unternehmen in erhebliche Schwierigkeiten bringen, oder ihre Existenz kosten.

Antrag
Als mittelständischer Unternehmer ersuche ich Sie daher dringend:

1. dafür zu sorgen, dass die Empfehlung der Mindestlohnkommission zur Erhöhung des Mindestlohns um 13,88 % innerhalb von anderthalb Jahren nicht durch Rechtsverordnung in Kraft gesetzt wird.

2. eine Entlastung des Niedriglohn-Sektors durch eine entsprechende Reduzierung der Abgabenlast für Niedriglohnempfänger durchzusetzen, sodass diese den angestrebten Nettozuwachs in ihrem Einkommen erhalten (mehr Netto vom Brutto), ohne deren Arbeitgeber zusätzlich zu belasten. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel durch Einsparungen an anderer Stelle bereitzustellen.

Begründung
Das Ziel der Bundesregierung, den Niedriglohn-Sektor zu entlasten, ist unterstützenswert. Der dafür gewählte Weg über eine drastische Mindestlohnerhöhung wird das Gegenteil bewirken: Unternehmen können die Mindestlöhne nicht isoliert erhöhen. Sie müssten das gesamte Lohngefüge anheben.
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist außerordentlich angespannt mit einer erschreckend hohen Zahl von Unternehmensinsolvenzen, insbesondere im Mittelstand. Eine zusätzliche Kostenbelastung wird weitere Konkurse verursachen, noch mehr Arbeitsplätze vernichten, zu deutlichen Preissteigerungen führen. Anders als angestrebt, wird sich die Lage der Menschen im Niedriglohnbereich verschlechtern.

Table.Briefings

Senkung der Steuer- und Abgabenlast
Über eine Reduzierung der Abgabenlast im Niedriglohnsektor wird eine Entlastung bei den betroffenen Menschen erreicht, ohne dass an anderer Stelle wirtschaftlicher Schaden entsteht. Das notwendige Budget sollte durch Kürzung nachrangiger Staatsausgaben bereitgestellt werden.

Dies würde:

- den gewünschten Nettozuwachs für die Arbeitnehmer sicherstellen
- die Unternehmen nicht zusätzlich belasten
- Arbeitsplätze erhalten statt gefährden
- die bereits angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nicht weiter schwächen

Wahlversprechen einlösen
CDU und SPD haben vor der Wahl versprochen, zügig die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Dringlichkeit
Ich bitte Sie eindringlich, diesen Antrag anzunehmen und alles dafür zu tun, dass die Empfehlung der Mindestlohnkommission nicht in Kraft gesetzt wird.
In der gegenwärtigen Multikrise sollte die Wirtschaft gestärkt und nicht erneut belastet werden.

Eine öffentliche Diskussion zu dieser wichtigen gesellschaftlichen Frage erscheint sinnvoll. Daher wird dieses Schreiben öffentlich gemacht.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Ritzenhoff

Industrie-Unternehmer
Mitglied des Präsidiums der IHK Kassel-Marburg
Kreisvorsitzender MIT-Mittelstandsunion Marburg-Biedenkopf

[redacted]

Table.Briefings